

## **A19 Migration aktiv humanitär gestalten und steuern - Unterstützung für den Reformkurs der Bundesregierung - Die Menschen mitnehmen**

Antragsteller\*in: Daniel Günthör (KV München)  
Tagesordnungspunkt: Fortsetzung TOP 7 Anträge  
Status: Zurückgezogen

### 1 **Analyse:**

2 **Insgesamt sind die Migrationspolitik und Integrationspolitik ein Erfolg – und es**  
3 **wurde gelernt es besser zu machen**

4 Die Migrationspolitik ist insgesamt in der Geschichte der Bundesrepublik  
5 Deutschland und in Bayern ein Erfolg. Nach der erfolgreichen Integration der  
6 Menschen aus den östlichen Gebieten des früheren Deutschen Reiches ab Mitte der  
7 40er Jahre kamen ab den 60 Jahren Gastarbeiter insb. aus Südeuropa,, die  
8 mithalfen, Westdeutschlands Wirtschaft mit aufzubauen und die sich mehr und mehr  
9 integrierten. Sie wie auch ihre Kinder sind heute hier zu Hause.

10 Der Staat hat allerdings die Integration der Ankommenden viel zu spät gesteuert,  
11 während die Migrationspolitik als Arbeitszuwanderungspolitik bis zum Ende des  
12 Kalten Krieges den Interessen des Staates entsprach. Das Defizit der fehlenden  
13 Integrationspolitik wurde im letzten halben Jahrhundert in großen Teilen  
14 behoben.

15 Trotz mancherorts erkennbaren Tendenzen zur Segregation und nach wie vor  
16 bestehenden Defiziten bei den Sprachkenntnissen bei bestimmten Gruppen ist die  
17 Integration in der Bundesrepublik also vielfach gelungen - auf dem Arbeitsmarkt,  
18 in den Sportvereinen, in der Kultur und zunehmend, wenn auch noch stark  
19 unterrepräsentiert, in der Politik. Dies gilt beispielsweise auch für sehr viele  
20 inzwischen anerkannte Flüchtlinge, die 2015 oder davor aus Syrien kamen. Viele  
21 dieser Migrant\*innen sind zum Beispiel als Pfleger\*innen, Gastwirte,  
22 Reinigungskräfte oder Ärzt\*innen, als Menschen in unserer Mitte nicht mehr  
23 wegzudenken. Sie gehören zu Deutschland und sind ein Gewinn für uns alle.

24 **Die heutige Migration bringt neue Herausforderungen mit, die zu lösen und zu**  
25 **bekämpfen sind: steigende Flüchtlingszahlen als Belastung für Kommunen und**  
26 **extremistische und terroristische Bedrohungen**

27 Seit den 90er Jahren und insbesondere seit der Flüchtlingskrise 2015 und den  
28 steigenden Zahlen von Asylbewerber\*innen seit 2021 erleben wir neben der  
29 Belastung der Kommunen, Ehrenamtlichen wie der hauptberuflich Betreuenden, der  
30 Polizei und generell aller am Asylverfahren Beteiligten zunehmend weniger  
31 Akzeptanz in der Bevölkerung und ein Erstarren der AfD.

32 Die Zahl der Geflüchteten ist seit 2021 deutlich gestiegen, die Zahl der  
33 Erstanträge bei den Asylanträgen beispielsweise stieg von 2020 von 148.238 in  
34 2021 auf 217.744 in 2022 auf in 2023 auf 329.120 und bleibt in 2024 auf diesem  
35 hohen Niveau (1. Halbjahr 160.140). Allein 2015 gab es 720.370 Anträge aus Asyl.  
36 (Quellen jeweils Bundeszentrale für politische Bildung). Dazu kommen Geflüchtete  
37 aus der Ukraine, zu deren Aufnahme (insb. Frauen und Kinder) wir uns aufgrund  
38 des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine zurecht verpflichtet fühlen.

39 Die Anerkennungsquote lag 2023 bei 16 %, 2024 liegt sie bislang bei 13%. 27%  
40 erhielten jeweils subsidiären Schutz.

41 Was wir anerkennen müssen: Viele Kommunen sind am Rande der Belastungsgrenze  
42 angekommen. Sie können auf Dauer die Unterbringung mit Bereitstellung der  
43 Infrastruktur beispielsweise bei Schulen und Integrations- und Sprachkursen  
44 nicht leisten, ohne dass die Daseinsvorsorge gefährdet ist und die Akzeptanz vor  
45 Ort weiter zu sinken droht. Die Überlastung gilt für alle mit der Migration  
46 direkt in Kontakt Tretenden, für Polizei, die Behörden und Ehrenamtlichen.

47 Zudem muss festgehalten werden, dass unter den vielen Geflüchteten und Asyl-  
48 Beantragenden, ob sie aus politischen Gründen oder Armutgründen kommen, es auch  
49 eine kleine Gruppe von Menschen gibt, die unserer Demokratie und dem  
50 Rechtsstaatsvertrauen massiv Schaden zufügen. Leider kommen aus diesen Reihen  
51 auch immer wieder einzelne Gefährder und Attentäter.

52 Wir haben nicht nur ein von vielen subjektiv gefühltes Sicherheitsproblem,  
53 sondern auch ein faktisches. Die Sicherheitslage in Bezug auf die Terrorgefahr  
54 war selten so hoch wie jetzt. Extremismus, Islamismus, Radikalisierungstendenzen  
55 und -strukturen sind ein Problem.

56 Grenzkontrollen, die es neben Bayern auch temporär z.B. im Grün regierten Baden-  
57 Württemberg und mit Grün in der Regierung in Nordrhein-Westfalen gibt, hingegen  
58 werden als wirksames Mittel allgemein akzeptiert, jedenfalls so lange die  
59 Kontrollen und persönlichen Freiheitsrechte einen nicht selbst betreffen.

60 Ängste sind ernst zu nehmen und nicht von vornherein als nicht zutreffend  
61 abzutun. Die sich so Äußernden dürfen nicht als Demokratiefeinde oder  
62 Rechtsradikale abgewertet werden Sowohl mit den Menschen, die so empfinden, als  
63 auch mit Geflüchteten ist Begegnung und Austausch wichtig und nachhaltig  
64

anzubieten.

65 Flüchtlinge, wie z.B. der Grüne Bürgermeister von Ostelsheim in Baden-  
66 Württemberg, Ryyan Alshebl, der 2015 als syrischer Flüchtling nach Deutschland  
67 kam, sind selbst Akteure der Demokratie und bringen sich auch in die  
68 Migrationsdebatte ein.

69 Aber es ist auch notwendig, den negativen Erscheinungen der Migrationspolitik  
70 entgegenzutreten und Ihnen entschieden entgegen zu treten. Eine grundsätzlichere  
71 konsequentere und differenziertes Handeln ist für uns Grüne ein schwieriger  
72 Prozess, einfach, da wir auch ausgehend von anderen Rahmenbedingungen in der  
73 Vergangenheit möglichst vielen helfen wollen.

74 Bündnis 90/Die Grünen sind hervorgegangen aus den Oppositionskulturen beider  
75 deutschen Staaten, historisch starke Demokratieverfechter. Als Beitrag zum  
76 Erhalt der Demokratie, auch zur Vorsorge gegen ein weiteres Kippen des  
77 gesellschaftlichen Klimas und auch als Prävention gegen weitere Stimmungsmache  
78 gegen Migrant\*innen, streben wir eine humane, differenzierte und gut  
79 kommunizierte Migrationspolitik an.

80 **Wir Bündnis 90/Die Grünen in Bayern fordern:**

81 **Unterstützung des Reformkurses der Bundesregierung**

82 **Politik für Humanität und Ordnung, mit Augenmaß - Gegen den Populismus von Merz**  
83 **und Söder und gegen den Hass der AfD**

84 Angesichts der oben beschriebenen Analyse unterstützt die LDK den Reformkurs,  
85 den Kurs der Humanität und Ordnung der Bundesregierung mit folgenden  
86 Maßnahmenpaketen:

87 Wir unterstützen:

- 88 • GEAS

89 Durch die Umsetzung des in der EU beschlossenen Gemeinsamen Europäischen  
90 Asylsystems (GEAS) wird die Kontrolle der EU-Außengrenzen verbessert und der Weg  
91 einer fairen Verteilung in Europa angegangen.

- 92 • das im Bundestag beschlossene Rückführungsverbesserungsgesetz

93 Voraussetzung für Akzeptanz von Migration in der Gesellschaft und  
94 funktionierende Integration von Schutzsuchenden sind konsequente Abschiebungen,

95 wo kein Bleiberecht besteht

- 96 • Aufnahme weiterer Drittstaaten in die Liste sicherer Herkunftsländer, wie  
97 die Maghreb-Staaten unter Weiterführung der individuellen Prüfungen, wie  
98 bisher auch. Dublin-Rückführungen und die hierzu beschlossene task force,  
99 sofern sie rechtssicher und temporär sind
  
- 100 • Versuch der Abschiebung abgewiesener Personen, auch unter Berücksichtigung  
101 der Lageeinschätzungen des Auswärtigen Amtes und nach Individualität  
102 regionalen Unterschieden in Kriegs- und Krisenstaaten
  
- 103 • Abschiebung von Straftätern, sofern nicht die Todesstrafe droht (auch nach  
104 geltenden Gesetz ist der subsidiäre Schutz grds. bei Straftätern verwirkt)
  
- 105 • Grenzkontrollen, sofern sie rechtssicher und temporär sind (4.000 Menschen  
106 wurden im ersten Halbjahr 2024 an der bayerisch/österreichischen Grenze  
107 aufgegriffen)

108 Aber:

- 109 • Das Recht auf Asyl in der EU muss mit fairen und individuellen Verfahren  
110 gewährt bleiben.
  
- 111 • Menschen, die schon da und integriert sind, sollen bleiben und so helfen  
112 den Arbeits- und Fachkräftemangel zu beheben.
  
- 113 • Denen, die schutzbedürftig sind, wird bei der Integration geholfen, z.B.  
114 mit dem Ausbau von Integrations- und Sprachkursen.
  
- 115 • Wir lehnen ab, auch temporär, niemanden mehr nach Deutschland zu lassen,  
116 die Binnengrenzen zu schließen und andere darüberhinausgehende Maßnahmen,  
117 wie Zäune etc. an den Binnengrenzen.
  
- 118 • EU-Freizügigkeit und EU-Binnenmarkt dürfen nicht nennenswert  
119 beeinträchtigt werden.
  
- 120 • Wir lehnen eine Obergrenze ab, streben aber mit den aufgeführten Maßnahmen  
121 eine Reduzierung der Migrationszahlen an, um die nach Asylrecht  
122 Schutzbedürftigen stärker unterstützen zu können.
  
- 123 • Wir unterstützen Entwicklungshilfe und Klimaschutzmaßnahmen vor Ort in den  
124 Entwicklungsländern.

125 **Bekämpfung des Islamismus an der Wurzel**

126 Neben einer besseren Personalausstattung von Nachrichtendiensten gilt es auch  
127 die die Verbreitung von des Hass auf unsere Gesellschaft zu bekämpfen,  
128 beispielsweise mit einer besseren Sensibilisierung von Pädagogen und  
129 Sozialpädagogen, um Extremismustendenzen früh zu erkennen, um aufklären zu  
130 können.

131 Cem Özdemir sagt, es ist an der Zeit, einen Islam zu fördern, der auf den Boden  
132 des deutschen Grundgesetzes steht und meint hier auch die demokratiefeindliche  
133 Vereine, der islamischen Dachverbände.

134 „Ich habe zu oft erlebt, dass in der Politik nach jedem Anschlag, nach jeder  
135 Eskalation – und dabei schließe ich meine Partei nicht aus – erschrockene Worte  
136 folgen, nur um am nächsten Tag genauso weiterzumachen wie zuvor“, sagt Özdemir.  
137 „Der Punkt ist erreicht, an dem man sagen muss: Damit muss Schluss sein!

138 Konkret fordern wir hier:

- 139 • Keine Kooperation oder Grußworte zu islamischen Verbänden, die nicht auf  
140 dem Boden des Grundgesetzes stehen.

141 Diese schwierigen Kooperationen gibt es auch im Freistaat Bayern. So z.B. mit  
142 Ditib, die unter dem Einfluss des antisemitischen Diyanet und Erdogans-Türkei  
143 stehen. Die CSU redet gegen Islamismus, handelt aber nicht konsequent.

- 144 • Einen Islamunterricht in deutscher Sprache mit in Deutschland  
145 ausgebildeten Lehrer\*innen, die unverdächtig sind, Anhänger von Regimen zu  
146 sein, sondern einen Islam auf dem Boden und mit den Werten des  
147 Grundgesetzes lehren.

148 **Positives Narrativ für Humanität und Ordnung mit Mitnahme der Bevölkerung**

149 Wir Grünen stehen für eine Gesellschaft,

- 150 • Die Menschen in Not (politisch Verfolgte, vom Krieg Geflüchtete) Hilfe  
151 leisten möchte
- 152 • Die die wirtschaftlichen und demographischen Bedürfnisse nach einer  
153 Zuwanderung von Arbeitskräften angeht
- 154 • Die aus der Vielfalt von Menschen grundsätzlich Stärke zieht

155 Wir wollen mit den oben aufgezeigten, rechtsstaatlichen differenzierten  
156 Maßnahmen, die Schutzsuchenden unterstützen und hierfür Kapazitäten einsetzen,  
157 während wir andere nicht mehr so unterstützen können bzw. gegen diejenigen die  
158 Schaden anrichten, noch konsequenter reagieren. .

159 Dieses Prinzip findet sich auch in den Regelungen der Reform des  
160 Zuwanderungsgesetz wieder. Ergänzt wird diese Politik der Bundesregierung, auch  
161 mit Anreizen für mehr Fach- und Arbeitskräfte von außen bietet und auch somit  
162 gezielt Zuwanderung steuert und dies soll weiter ausgebaut werden.

163 Mit diesen Maßnahmen können wir eine Vision von einer Zukunft der Migration und  
164 der Gesellschaft auch vor den Rahmenbedingungen der Krise aufzeigen. Wir wissen,  
165 dass die Migrationspolitik eine der wichtigsten Themen für die Bürger\*innen ist.  
166 Wir sagen klar, wir haben verstanden, es gibt Probleme, die gehen wir  
167 entschlossener als bisher an. Straftäter werden konsequent abgeschoben. Die  
168 Bundespolitik und auch die Grünen sollen diesen Weg weiter verfolgen.

169 Mit einer empathischen und steuernden Migrations- und Zuwanderungspolitik wollen  
170 wir die Akzeptanz in der Bevölkerung hierfür wieder stärker gewinnen. Der  
171 Vertrauensverlust nicht weniger, die denken, der Staat hätte die Migration nicht  
172 unter Kontrolle, wird entgegnet, dies aber ohne des Populismus von Merz und  
173 Söder, die keine Menschen mehr hereinlassen wollen. Die AfD schürt ohnehin hier  
174 vor allem Hass und Hetze.

175 Darüber hinaus plädieren wir dafür, den Vorschlag von Professor Steffen Mau,  
176 Professor für Makrosoziologie an der Humboldt-Universität Berlin von Bürgerräten  
177 auch beim Thema Migration, bei konkreten Herausforderungen vor Ort unter  
178 Einbezug auch von Migrant\*innen zu realisieren.

179 Wir sind Akteur und werden besser erklären. Wir haben einen klaren Kompass der  
180 Politik der Humanität und gesteuerten Migration.

### **Unterstützer\*innen**

Dirk Simon (KV Aschaffenburg-Land), Kathrin Waldmann (KV Oberallgäu), Bernhard Zimmer (KV Berchtesgadener Land), Martin Beier (KV München), Ulrike Schweiger (KV Berchtesgadener Land), Robert Blasius (KV Unterallgäu), Thorsten Kellermann (KV München), Gisela Kainz (KV München), Alexander König (KV München), Markus Königsdorfer (KV Unterallgäu), Thomas Gehring (KV Oberallgäu), Mia Peters (KV München)